



- Es gilt das gesprochene Wort -

Rede

anlässlich der Auftaktveranstaltung des Ministeriums für Schule und Berufsbildung
Schleswig-Holsteins zum Start der bundesweiten
Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“
in Schleswig-Holstein

**Johannes-Wilhelm Rörig,
Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

am 25. März 2017 in Kiel



Anrede

Ich komme immer wieder gerne nach Schleswig-Holstein. Hier reden Sie nicht nur über Prävention, Intervention und Hilfen für betroffene Mädchen und Jungen, die von sexuellem Missbrauch betroffen sind, sondern Sie handeln und sind sehr aktiv im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch.

Im direkten Vergleich zu anderen Bundesländern liegt Schleswig-Holstein mit an der Spitze bei der Prävention. Ich denke dabei zum Beispiel an den sehr engagierten Landessportverband Schleswig-Holstein, die Sportjugend und an die Arbeit des hiesigen Deutschen Kinderschutzbundes, aber auch an das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen und an die bundesweit beachtete Arbeit der Fachberatungsstelle PETZE. Auch unser bundesweites Hilfetelefon Sexueller Missbrauch wird seit drei Jahren sehr erfolgreich von Kiel aus von N.I.N.A. e. V. betrieben.

Mich hat zudem die Serie der Regionalkonferenzen „Sichere Orte schaffen – Prävention von sexuellen Kindesmissbrauch“ beeindruckt, die hier in Schleswig-Holstein durchgeführt wurde und im März 2016 in Lübeck mit Landesministerin Alheit ihren Abschluss fand.

Ministerpräsident Torsten Albig ist bisher der einzige der 15 weiteren Ministerpräsidenten, der sich öffentlich im Rahmen meiner Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ eindeutig für bessere Prävention, Intervention und Hilfen positioniert hat. Ich erinnere mich sehr gut an unseren gemeinsamen Termin im Frühjahr 2013 auf dem Jugendschulschiff „Thor Heyerdahl“. Ministerpräsident Albig hat damit dem Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch die hohe politische Priorität beigemessen, wie ich sie mir – losgelöst von einem Skandal oder einem Verdacht – von allen herausragenden politischen Persönlichkeiten wünsche.



Bei Ihnen, Frau Ministerin Ernst, und Ihrem Team sind wir mit der neuen Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ ebenfalls auf offene Arme gestoßen. Ich freue mich sehr, dass unsere Zusammenarbeit so hervorragend klappt. Und es passt sehr gut, die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ anlässlich des heutigen Fachtages zu starten.

Bevor ich die Initiative vorstelle, und auch einige Worte zum Umsetzungsprozess in Schulen sagen werde, erlauben Sie mir wenige Vorbemerkungen aus meiner spezifischen Bundessicht zur aktuellen Dimension von sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen.

Dimension sexueller Gewalt in Deutschland

Aggression und Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sind bei uns in Deutschland zwar nicht (mehr) offen gesellschaftsfähig, aber dennoch ungebrochen vorhanden.

Nach den aktuellen Zahlen der neuen repräsentativen Studie von Professor Fegert aus Ulm, die wir letzte Woche in Berlin vorgestellt haben, gibt es zwar einen Rückgang bei körperlicher Misshandlung und Vernachlässigung. Aber bei sexuellem Kindesmissbrauch gibt es absolut keine Entwarnung. Die Fallzahlen sind leider unverändert hoch, was sich auch in der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik widerspiegelt.

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) müssen wir davon ausgehen, dass rund eine Million Kinder und Jugendliche in Deutschland leben, die sexuelle Gewalt erleiden oder erlitten haben. Es trifft Mädchen und Jungen aller Altersgruppen, mit und ohne Behinderungen, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und gebildeten Elternhäusern sowie aus deutschen, eingewanderten und geflüchteten Familien.



Statistisch sind in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder betroffen – sehr wahrscheinlich haben viele von Ihnen schon mit betroffenen Kindern und Jugendlichen gearbeitet.

Seit 2010, als Deutschland vom Missbrauchsskandal mit voller Wucht erschüttert wurde, ist schon viel hinsichtlich Prävention, Intervention und Hilfen unternommen worden. Spätestens seit den Ergebnissen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ aus dem Jahr 2011 sind vielfältige Handlungsmöglichkeiten bekannt und auch Kirchen, Wohlfahrt, organisierter Sport und der Kulturbereich engagieren sich zunehmend.

Aber – und das muss uns allen klar sein – wir bieten Mädchen und Jungen noch lange keinen optimalen Schutz und noch immer nicht die erforderliche Hilfe und Unterstützung.

Wenn wir in Deutschland endlich einen Rückgang der Fallzahlen erreichen wollen, muss Politik dauerhaft eine stärkere Verantwortungsübernahme sicherstellen: für die Kinder- und Jugendhilfe, für den schulischen und außerschulischen Bereich und auch für die auf sexualisierte Gewalt spezialisierten Fachberatungsstellen, die für Beratung und Kompetenzentwicklung einfach unentbehrlich sind.

Bund, Länder und Kommunen müssen dauerhaft stabilere Rahmenbedingungen schaffen durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und durch die Bereitstellung von mehr Zeit und Geld. Das bisherige Investment reicht ganz offensichtlich nicht aus.

Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl habe ich die Parteivorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert, für die 19. Legislaturperiode fest einzuplanen, in Prävention, Hilfen und Aufarbeitung dauerhaft mehr zu investieren. Es geht darum, konkrete Vorhaben und Strukturen, durch die ein wirkungsvollerer Schutz vor sexueller Gewalt gelingen kann, dauerhaft und verbindlich abzusichern!



Der Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch ist eine Daueraufgabe. Ein kurzfristiges Hopping von Skandal zu Skandal oder von befristetem Projekt zu Projekt reicht einfach nicht aus.

Wir müssen endlich die Lücke zwischen Sonntagsreden und tatsächlichem Engagement bundesweit schließen. Auf Bundesebene erwarte ich von den Parteien klare Aussagen in den Wahlprogrammen, klare Aussagen in den Koalitionsvereinbarungen und von der nächsten Bundesregierung klare Aussagen im Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode.

Schule und sexuelle Gewalt

Blicke ich auf die Kultusministerien, so kann ich über mangelndes Engagement nicht klagen. Ich bin Ihnen, Frau Ministerin Ernst, und Ihren 15 Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern sehr dankbar für die Kooperation bei der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“.

Spätestens seit Bekanntwerden der Missbrauchsfälle am Canisius-Kolleg, im Kloster Ettal oder an der Odenwaldschule wissen wir, dass Schule ein sehr gefährlicher Ort für Schülerinnen und Schüler sein kann.

Wenn ich jedoch über Schule und sexuelle Gewalt spreche – und das ist mir wichtig zu betonen – sehe ich Schule nicht primär als Tatort, sondern primär als Schutz- und Kompetenzort, an dem alle betroffenen Mädchen und Jungen Hilfe und Unterstützung finden sollten.

Es ist unbestritten und erwiesen, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zumeist in der Familie, im sozialen Umfeld, durch Gleichaltrige, offline und online oder zunehmend mittels digitaler Medien begangen wird.

Als Stichworte möchte ich hier Cybergrooming oder aber die Erpressung und Bloßstellung im Zusammenhang mit Sexting nennen, mit dessen Auswirkungen auch das System Schule immer wieder konfrontiert ist.



Schule muss ein Ort sein, an dem über sexualisierte Gewalt nicht nur im Unterricht aufgeklärt wird, sondern an dem darüber jederzeit gesprochen werden kann. Schule muss auch ein Ort sein, an dem alle Mädchen und Jungen stärkende Präventionsangebote erhalten und eine engagierte und zugleich grenzachtende Sexualpädagogik stattfindet.

Betroffene Mädchen und Jungen benötigen dringend Lehrerinnen und Lehrer als vertrauensvolle Ansprechpersonen, die ihre Signale wahrnehmen, auch nachfragen, die hinhören und helfen können – und nicht aus Unsicherheit, mangels Wissens oder aus Angst, jemanden falsch zu verdächtigen, lieber wegschauen und abwiegeln.

Dafür brauchen Schulen in Deutschland dringend Handlungssicherheit im Umgang mit sexualisierter Gewalt. Pädagoginnen und Pädagogen wollen wirksamen Schutz vor sexuellen Übergriffen, oft wissen sie aber nicht, was sie konkret dafür tun können. Deshalb lautet die zentrale Zielsetzung der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“: Schulen sollen Kompetenz- und Schutzorte für betroffene Schülerinnen und Schüler sein.

Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“

Seit Ende 2014 haben wir gemeinsam mit einigen Bundesländern und weiteren Expertinnen und Experten aus dem schulischen Kontext die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ konzipiert.

Heute steht die Initiative auf einem starken Fundament. Auch die Gewerkschaften wie GEW und VBE sowie die Lehrerverbände, die Freien Schulträger und der Bundeselternrat sind mit dabei.

Von Anfang an war es unser Ziel, endlich einen praxisnahen Handlungsrahmen für verbesserte Prävention und Intervention für alle Schulen aufzustellen, der Schulen fachlich dabei unterstützt, ein Schutzkonzept gegen sexuelle Gewalt zu entwickeln. Mit „Schule gegen sexuelle Gewalt“ wollen wir jetzt bundesweit die



mehr als 30.000 Schulen in Deutschland aktivieren, Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt (weiter) zu entwickeln und dauerhaft anzuwenden – und wie hier in Schleswig-Holstein, möglichst gut eingebettet in landeseigene Schwerpunkte, Vorhaben und Aktivitäten.

Module der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“

Um Schulen auf diesem anspruchsvollen Weg hin zu einem passgenauen schulischen Schutzkonzept fachlich und praktisch zu unterstützen, haben wir für „Schule gegen sexuelle Gewalt“ zwei große Module entwickelt, die DIN A3-INFOMAPPE und das bundeweite FACHPORTAL www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de.

Die Infomappe bietet erste Einstiegsinformationen: Der blaue Einführungsflyer – „Wie gehen wir an, was alle angeht?“ – gibt erste Impulse und zeigt zum Beispiel auf, wie Schulen den Schutz entwickeln können, was die ersten Schritte sein könnten und wer beteiligt und einbezogen werden sollte.

Die grüne Broschüre – „Was muss geschehen, damit nichts geschieht?“ – erläutert die Bestandteile schulischer Schutzkonzepte, zeigt Vorgehensweisen auf und unterbreitet Vorschläge, wie zu erwartende Widerstände überwunden werden können.

Das Übersichtsplakat – sehr geeignet für ein jedes Lehrerzimmer in Deutschland – erläutert kurz und knapp die wesentlichen Bestandteile eines schulischen Schutzkonzeptes:

1. Leitbild,
2. Personalverantwortung,
3. Fortbildung,
4. Verhaltenskodex,
5. Beschwerdewesen,
6. Beteiligung und



7. einen möglichen Interventionsplan.

Außerdem beinhaltet die Infomappe verschiedene Plakate und Materialien zur Information auch von Eltern.

Das Onlineportal www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de ist eine fachlich fundierte Informationsplattform sowie ein praxisnahes Nachschlagewerk für die Entwicklung von schulischen Schutzkonzepten.

Die landesspezifischen Angebote und Informationen werden von den Ländern selbst erstellt und verantwortet. Sie sind über das Anklicken des jeweiligen Landeswappens zu erreichen. Die landesspezifischen Informationen zu Schleswig-Holstein sind seit Anfang März bereits online.

Umsetzungsschritte

Wie können die Module von „Schule gegen sexuelle Gewalt“ nun konkret in Schulen genutzt werden? Ich stelle mir im Idealfall vor, dass die Schulleitungen neugierig werden, wenn die Infomappe in der Schule eingetroffen ist und sich dafür entscheiden, die Initiative in der nächsten Gesamtkonferenz anzusprechen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass die Infomappe an die für Kinderschutz oder Schulsozialarbeit zuständigen Kolleginnen und Kollegen weitergereicht wird.

Wichtig ist jedoch: Kinderschutz braucht die Rückendeckung von ganz oben! Im Fall der „flotten Delegation“ müsste die Schulleitung davon überzeugt werden, dass ihre Unterstützung dringend gebraucht wird.

Ob nun die erste oder zweite Vorgehensvariante Realität wird, mit motivierten Kolleginnen und Kollegen sollte eine dauerhafte Projektgruppe gegründet werden, die punktuell kollegiale Mitarbeit einfordert, vielfältige Perspektiven berücksichtigt und die Schulgemeinschaft auf dem Laufenden hält.



Bevor sich die Projektgruppe aber daran macht, die einzelnen Bestandteile eines Schutzkonzepts zu erarbeiten, sollte zunächst eine Potential- und Risikoanalyse durchgeführt werden. Eine Potenzialanalyse im Sinne von „Was haben wir schon?“ „Woran können wir anknüpfen?“, eine Risikoanalyse, die zum Beispiel nach baulich bedingten Gefährdungen, dunklen Ecken oder fehlenden Schlösser fragt.

Oder aber auch „Wie groß ist die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler an unserer Schule niemanden finden, dem sie sich anvertrauen können?“ und „Wie groß ist die Gefahr, dass es niemanden gibt, der weiß, was bei einer Vermutung oder einem Verdacht zu tun ist?“.

Wichtig ist auch, dass das ganze Kollegium – nicht nur die Projektgruppe – frühzeitig eine Grundlagenfortbildung erhält, damit Unsicherheiten zügig abgebaut und alle ein Basiswissen zu sexueller Gewalt erhalten. In so einer Fortbildung sollte auch Raum eingeräumt werden für Bedenken oder für Unmut gegenüber dem Thema – denn Widerstände müssen von vorneherein eingeplant werden.

Wichtig ist zudem die Information der Eltern. Eltern brauchen Faktenwissen zu sexuellem Missbrauch und sie benötigen Anregungen, wie sie selbst ihre Kinder schützen können. Eltern brauchen aber auch eine Vorstellung davon, wie ein Schutzkonzept an der Schule überhaupt aussehen könnte. Ich möchte jeder Schulleitung raten, einen Elternabend nur gemeinsam mit einer Fachberatungsstelle durchzuführen. Es können Fragen aufkommen, die eine Schule in die Defensive bringt. Eine Schule und ihr Kollegium kann schnell zu Unrecht unter Generalverdacht gestellt werden, wenn die Frage aufkommt, warum unsere Schule plötzlich ein Schutzkonzept braucht.

Hinter der Erarbeitung eines Schutzkonzeptes verbergen sich viele spannende Aushandlungsprozesse in einer Schule, in einem Kollegium, mit der Elternschaft und auch den (zumindest älteren) Schülerinnen und Schülern.



Ein Verhaltenskodex nimmt durch verbindliche Absprachen Unsicherheit. Klärt Fragen wie: Sind private Kontakte zu einzelnen Schülerinnen und Schülern erlaubt? Dürfen Lehrkräfte zu WhatsApp- oder Facebook-Gruppen von Schülerinnen und Schülern gehören? Welches Verhalten wird von Lehrkräften erwartet, wenn sie Liebesgeständnisse von Schülerinnen und Schülern erhalten?

Ich erwarte von keiner Schule, dass sie in drei Wochen ein Schutzkonzept entwickelt. Mir geht es nicht um Perfektion und Maximalanforderungen. Aber ich erwarte, dass sich jede Schule – und allen voran die Schulleitung – dazu entscheidet anzufangen.

Wenn wir Kinder und Jugendliche besser schützen wollen, braucht es das Engagement Aller!

Deswegen freue ich mich so sehr, dass wir heute „Schule gegen sexuelle Gewalt“ in Schleswig-Holstein starten!

Herzlichen Dank!